

# Michael Grosse-Brömer

## Mein Brief aus Berlin

Ausgabe Nr. 66

10. Februar 2006



### Dialog der Kulturen



Liebe Leserinnen und Leser, vorgestern hat Deutschland Abschied genommen von Altbundespräsident Johannes Rau. „Versöhnen statt spalten“, so lautete sein Lebensmotto. Und diesem ist der „Bürgerpräsident“, der sein zweites Zuhause auf der Nordseeinsel Spiekeroog gefunden hatte, auch gerecht geworden. Lassen Sie uns ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ihr  
Michael Grosse-Brömer

Samuel P. Huntington hat uns Mitte der 90er Jahre den „Kampf der Kulturen“ prophezeit. Ist er jetzt ausgebrochen? Nein, aber wir müssen aufpassen, dass der noch labile Dialog

der Kulturen durch den Wirbel um die Mohammed-Karikaturen nicht abreißt.

Zugegeben, die Karikaturen sind unsensibel und provokativ, und sie haben religiöse Gefühle verletzt. Dennoch zeigen die Demonstrationen und gewaltsamen Ausschreitungen, die flächendeckend in zahlreichen islamischen Ländern stattfinden, wie groß die Kluft zwischen unserer westlichen Kultur, unserem Gesellschafts- und Rechtsverständnis und dem islamischen Weltbild ist. Unser säkulares Ordnungsverständnis prallt hier direkt auf eine Gesellschaft, deren Zusammenleben noch zentral von der Religion und ihren Vorschriften bestimmt ist.

Um eins jedoch gleich klarzustellen: der Islam selbst trägt keine Schuld an den Übergriffen. Er rechtfertigt Gewalt genauso wenig wie das Christentum. Doch der Islam wird missbraucht. Vor allem von den arabischen Staaten, die ihre Landsleute zu Gewalttaten gegen westliche Botschaften, ja sogar gegen dänische und EU-Bürger aufhetzen, um sich als einzig wahre Repräsentanten der islamischen Welt aufzuspielen. Wissen denn die Demonstranten überhaupt, warum sie

auf die Straße gehen? Kennen Sie die Karikaturen? Wahrscheinlich nicht. Sie sind Opfer der staatlichen Agitation.

Für den Westen, für uns, heißt es jetzt, standhaft zu bleiben. Wir dürfen angesichts des Hasses nicht einknicken und unsere Werte, bei denen Meinungs- und Pressefreiheit zentral sind, nicht preisgeben. Dann hätten die Karikaturen bewiesen, was deren Auftraggeber vermutet haben: Der Westen unterstellt sich umso mehr einer freiwilligen Selbstzensur, je lauter die Agitation radikaler Islamisten gerade auch in Europa wird.

Um dieses Standhalten zu gewährleisten, ist es allerdings nötig, dass wir uns unserer selbst vergewissern. Wir müssen uns unsere ethischen und religiösen Moralvorstellungen wieder stärker ins Bewusstsein rufen. Dazu gehört auch Toleranz - aber nur demjenigen gegenüber, der sich selbst tolerant zeigt. Und das tun die Fundamentalisten nicht. Erst wenn wir uns unserer Werte und unserer christlichen Tradition wieder sicher sind, sind wir bereit für den wichtigen Dialog mit der islamischen Welt.

Ihr  
Michael Grosse-Brömer



### Grosse-Brömer bei den Wirtschaftsunioren

Ihre diesjährige Jahresmitgliederversammlung nutzten die Wirtschaftsunioren der IHK Lüneburg, um sich durch Michael Grosse-Brömer über die politische Situation in Berlin im Zeichen der Großen Koalition informieren zu lassen. Mit der Wahl, so Grosse-Brömer, habe man einen Sanierungsauftrag für die "Bundesrepublik Deutschland AG" übernommen, der u. a. die Haushaltskonsolidierung als Aufgabe aus Verantwortung für kommende Generationen beinhaltet. Gleichzeitig sei die Übernahme der politischen Verantwortung aber auch Gestaltungsauftrag. In diesem Zusammenhang appellierte Grosse-Brömer auch an die Verantwortung der Unternehmer. "Sie wissen, was für eine große Bedeutung die Stimmung im Lande für die wirtschaftliche Entwicklung hat! In diesem Punkt sind auch die Unternehmer gefordert, die Po-

litik kann nur Rahmenbedingungen schaffen!" Wenn dabei der Rahmen freier gezogen würde und der Einzelne nun wieder mehr Freiheit von staatlicher Bevormundung erhalte, so sei dies auch mit einem Mehr an Verantwortung verbunden.

Unser Bild zeigt Michael Grosse-Brömer (li.) mit Dörthe Buchholz und Martin Exner von den Wirtschaftsunioren.

### Wichtiges Signal für Familien

Die Koalition hat sich jetzt auf eine Neuregelung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten geeinigt. Insgesamt wurden die Möglichkeiten, die Kinderbetreuung steuerlich abzusetzen ausgeweitet. Bundesministerin Ursula von der Leyen informierte die Landesgruppe Niedersachsen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend persönlich über den errungenen Kompromiss. Sie stellte klar, dass die Koalition mit der

Neuregelung vor allem wichtige Beschäftigungsimpulse geben wolle und keine Debatte über Familienpolitik auszulösen gedachte. Die Neuregelung entlaste Familien finanziell und verbessere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Diese Neuerung ist ein richtiger und wichtiger Ansatz zur Beschäftigungspolitik. Denn genau dies war Ansatz und Ziel der Neuregelung: Arbeitsplätze zu schaffen. Gefördert werden nun Tagesmütter und Babysitter ebenso wie Haushaltshilfen und ambulante Pflegekräfte

In der öffentlichen Diskussion der letzten Wochen ging dies aber oft unter. Statt über die arbeitsmarktpolitischen Seiten des Entwurfs zu diskutieren, stritten viele vor allem um die Herausforderungen der Familienpolitik. Das ist schade, denn der Entwurf ist gut. Die Frage, ob durch diese Neuregelung in Deutschland ein Kind mehr geboren wird, steht auf einem anderen Blatt...

### Terminauswahl:

- 11.02. Jahreshauptversammlung Junge Union Harburg-Land
- 14.02. Treffen mit der kroatischen Justizministerin, Berlin
- 15.02. Besuch von Gymnasiasten aus Neu Wulmstorf, Berlin
- 15.02. Parlamentarischer Abend Deutscher Anwaltsverein, Berlin

Michael Grosse-Brömer  
MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin